

# GEMEINDE BIEBESHEIM AM RHEIN

KREIS GROSS - GERAU

- DER GEMEINDEVORSTAND -



Verwaltungsgebäude

Rathausplatz 1

Zimmer – Nr. O. 13

**Bürgermeister**

Gemeindeverwaltung - Postfach 11 45 - 64580 Biebesheim am Rhein

**Telefon:** 06258 / 806-0

**Durchwahl:** 06258 / 806-11

**Fax:** 06258 / 806-49

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Henri-Dunant-Str. 13

63165 Mühlheim am Main

**E-Mail**

t.schell@biebesheim.de

info@biebesheim.de

**Website**

www.biebesheim.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

I/1 TS

09.03.2015

## ***Geplante Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs in Hessen***

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Gremien haben sich mit der geplanten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) in Hessen befasst. Der Gemeindevorstand der Gemeinde Biebesheim am Rhein hat die angefügte Stellungnahme beschlossen, die wir Ihnen hiermit zur Kenntnisnahme zuleiten.

Wir bitten Sie unsere Haltung bei Ihren weiteren Beratungen zu berücksichtigen.

*Der Gemeindevorstand der Gemeinde Biebesheim am Rhein hat die Anfang November bekannt gegebenen Informationen des hessischen Finanzministeriums zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches (KFA) zur Kenntnis genommen. Der Vorschlag des hessischen Finanzministeriums stellt für den Gemeindevorstand keine akzeptable Grundlage für eine Neuordnung des KFA dar und ist mit Blick auf die Lösung der Finanzprobleme von hessischen Kreisen, Städten und Gemeinden absolut unzureichend. Er berücksichtigt nicht die zugrunde liegende Intention, den realen Bedarf der Kommunen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung zu ermitteln und bereit zu stellen.*

*Aus Sicht des Gemeindevorstandes ist insbesondere die vorgeschlagene Mindestausstattung der Finanzausgleichsmasse mit Landesmitteln zu gering bemessen, um den Vorgaben des hessischen Staatsgerichtshofes, zur Finanzierung von Pflichtaufgaben sowie freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben, gerecht zu werden. Die kommunalen Spitzenverbände stellen zu Recht fest, dass das Land die Finanzausstattung der hessischen Kommunen deutlich zu niedrig ansetzt.*

*Der Gemeindevorstand fordert die hessische Landesregierung nachdrücklich auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden*

Sprechzeiten: Montag bis Freitag von 8.00 – 12.00 Uhr; Montag und Mittwoch von 13.30 – 16.30 Uhr und nach Vereinbarung

Bankkonten: Kreissparkasse Groß-Gerau, 140 030 16 (BLZ 508 525 53); Groß-Gerauer Volksbank e. G. 3 291 006 (BLZ 508 925 00)

Umsatzsteuernummer: 07 226 01084; Ust-IdNr.: DE811399228

Vorschläge zu einer bedarfsgerechten Finanzausstattung der hessischen Kreise, Städte und Gemeinden zu erarbeiten und hierzu die kommunalen Spitzenverbänden angemessen zu beteiligen. In diesem Zusammenhang sind die vorliegenden Gutachten der kommunalen Spitzenverbände zu berücksichtigen, die gegenwärtig eine um jährlich ca. 800 Mio. Euro höhere notwendige Finanzausstattung als Mindestausstattung belegen.

Nicht nachvollziehbar bleiben die Beibehaltung der 2011 verfassungswidrig umgesetzten Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches sowie die nunmehr als Stabilitätsansatz ausgewiesene Summe von 364 Mio. Euro. Wir bewerten diesen Stabilitätsansatz als Risiko einer nochmaligen Reduzierung des KFA in der Zukunft und fordern das Land Hessen auf, den Festansatz deutlich zu erhöhen und im prozentualen Ansatz entsprechend zu verankern.

Der Vorschlag des Finanzministeriums löst aus Sicht des Gemeindevorstandes in keiner Weise die Grundprobleme der kommunalen Finanzausstattung, sondern sieht lediglich eine Umverteilung der Mittel innerhalb der Kommunen vor. Einige Aspekte der vorgeschlagenen horizontalen Verteilung sind zwar auf den ersten Blick verständlich (z.B. die Stärkung des ländlichen Raums), allerdings kann ohne die Grundlagen der Berechnung nicht nachvollzogen werden, ob eine angemessene Finanzausstattung bei den restlichen Kommunen verbleibt.

Mit der Einführung einer umstrittenen „Solidaritätsumlage“ will das Land Hessen seine Verpflichtung zur Unterstützung finanzschwacher Kommunen auf die „abundanten“ Kommunen verlagern. Vermeintlich finanzstarke Kommunen würden durch eine derartige Neuordnung des KFA ebenfalls in Haushaltsdefizite getrieben und wären gezwungen, die zusätzliche Belastung an die Bürgerinnen und Bürger in Form von Steuererhöhungen weiter zu geben. Es muss sich aber weiter lohnen, vor Ort aktiv an einer Besserung der finanziellen Lage zu arbeiten, ohne dass den Kommunen in der Folge die zusätzlichen Mittel wieder entzogen werden. Das für den Finanzausgleich derzeit im Bund praktizierte Prinzip wird vom Land Hessen zu Recht kritisiert und gerichtlich überprüft. Dieses kritisierte Prinzip möchte aber das Land nunmehr für den Kommunalen Finanzausgleich in Hessen selbst anwenden.

Es stellt sich insbesondere die Frage, inwieweit bei Kommunen mit höheren Steuereinnahmen zugleich auch höhere Belastungen angerechnet werden, die sich zum Beispiel in den Bereichen „Feuerwehr“, „Finanzierung von Industriestammgleisen“ oder „Straßenunterhaltung“ ergeben. Darüber hinaus sollte nicht verkannt werden, dass Kommunen im Vorfeld von Ansiedlungsmaßnahmen erhebliche Risiken auf sich nehmen und die Risikobereitschaft durch den zusätzlichen Abzug finanzieller Mittel kaum noch vertretbar erscheint.

Wir fordern alle Beteiligten auf, sich in den weiteren Verhandlungen für eine auskömmliche Finanzausstattung aller hessischen Kommunen einzusetzen und damit die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Erfolgt dies nicht, dann sehen wir erhebliche Gefahren für die kommunale Selbstverwaltung, deren Handlungsmöglichkeit inzwischen nahezu gegen „Null“ tendiert. Hessische Kommunen stehen bereits heute im bundesweiten Vergleich besonders schlecht dar.

Der Gemeindevorstand fordert abschließend das Land Hessen auf, die Arbeit der hessischen Kreise, Städte und Gemeinden stärker anzuerkennen und nicht auf unterschiedlichen Wegen, wie z.B. dem kommunalen Finanzausgleich oder auch den Erlassen des hessischen Innenministeriums mit Auflagen für die Haushaltsgenehmigung 2015 (Jahresabschlüsse bis 2012 und Haushaltsausgleich bis 2017), die Kommunen immer stärker unter Druck zu setzen. Statt ständiger Klageverfahren vor höchsten hessischen Gerichten sollte das Land auf einen fairen Dialog mit der kommunalen Seite setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Schell  
Bürgermeister